

Keupers

kritischer

Kommentar



05-02-2017

Mai 2017

Eine AGENDA Revision.

Martin Schulz sorgt mit seiner Aussage: „Die Fehler der AGENDA 2010 korrigieren zu wollen“, für viel Aufschrei und Wirbel nicht nur von Seiten der CDU/CSU, sondern auch von Seiten der globalen Unternehmen, der Wirtschaftsverbände und der Finanzwirtschaft. Auch die Mainstream-Medien schreiben schon von drohender Massenarbeitslosigkeit, vom Ende des Wohlstandes und vom Verrat der SPD an ihrem früheren Vorsitzenden und letzten SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Doch wenn Martin Schulz diese AGENDA 2010 reformieren, sie den heutigen Verhältnissen anpassen, oder erkennbare Fehlentwicklungen beheben will, dann ist das ein ganz natürlicher Vorgang, eine ganz und gar sinnvolle Aktivität.

Denn diese Arbeits- und Sozialreform wurde vor knapp 15 Jahren entwickelt und beschlossen, seitdem hat sich Deutschland und die Welt in vielerlei Hinsicht nicht nur strukturell verändert. Der Hintergrund des damaligen politischen Handelns war die finanzielle und wirtschaftliche Situation in unserem Land zur Jahrtausendwende. Es herrschte eine große Arbeitslosigkeit, wir galten als „kranker Mann“ in Europa, der die vereinbarte Schuldengrenze gemäß Maastrich-Vertrag nicht einhalten konnte. Aus der damaligen Sicht waren die geplanten Einschränkungen und Einsparungen im gewissen Sinne noch vertretbar und notwendig.

Doch heute ist Deutschland, angeblich wegen der AGENDA-Beschlüsse, eines der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen der Welt, der erzielte Exportüberschuss wird von vielen Nationen mit einem gewissen Recht als ökonomisch kaum noch hinnehmbar angesehen, und nach Ansicht unserer aller Bundeskanzlerin geht es Deutschland, geht es den Menschen in Deutschland sooo gut, ----- wie nie zuvor, wobei die vorhandenen sozialen Ungerechtigkeiten bewusst ignoriert werden!

Die Zeit macht Veränderungen erforderlich.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände sind so ganz anders, als sie sich vor 15 Jahren darstellten. Eigentlich ein Grund darüber nachzudenken, ob die Einschränkungen, die erhöhten Anforderungen an die Erwerbstätigen und Rentner, ja, an alle die hart, oder sagen wir, die gegenüber der damaligen Zeit wesentlich stärker geforderten Menschen unserer Zeit, nicht in gewisser Hinsicht abgemildert werden können. Ob die damals vielleicht notwendigen Unterstützungen und Förderungen an die Wirtschaft, an die größeren Unternehmen noch so erforderlich sind, bei den uns immer wieder geschilderten Erfolgs- und Gewinnmeldungen einschließlich Bonizahlungen an deren Manager?

Könnten da nicht gewisse Korrekturen in der AGENDA 2010 richtig und sinnvoll sein? Sollte man nicht die arbeitsamen Menschen an der Erfolgstory teilhaben lassen? Die prekären Arbeitsbedingun-

gen, die einst als notwendig erachtet wurden, sollten jetzt reduziert oder gar abgeschafft werden. Der Staat und/oder die Wirtschaftsverantwortlichen sollten den Menschen die Angst nehmen, sozial ausgeschlossen zu werden. Diese Angst vor sozialer Ungleichheit zerstört letztendlich unsere demokratische Gesellschaft, mindert aber auch die Umsätze der Unternehmen. Merke: „Eine blühende und erfolgreiche Wirtschaft und eine solide Lebensqualität für alle Menschen im Lande, sollte ein erreichbares Ziel in unserer Republik sein!“

Darum, die Aussage von Martin Schulz, die Fehler der AGENDA 2010 korrigieren zu wollen, ist richtig und notwendig und zeugt von einer sozialen Weitsichtigkeit!

Bisherige Korrekturen an der AGENDA.

Nun sind in den letzten Jahren ja auch, meist auf Bestreben der SPD, einige Veränderungen, respektiver Verbesserungen an der AGENDA vorgenommen worden. Sei es im Jahre 2008 die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach neuen Erkenntnissen jedoch nicht ausreichend ist, schon wegen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Auch die Praxisgebühr wurde wieder abgeschafft, wegen Unrentabilität. Und der auf Drängen der SPD 2015 eingeführte Mindestlohn, ist eine Beseitigung der durch die AGENDA verursachten Fehlentwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Wiedereinführung einer zeitlichen Begrenzung bei der Arbeitnehmerüberlassung, sprich Leiharbeit, seit 1. April dieses Jahres, ist eine gewisse Korrektur an der Arbeitsreform der AGENDA 2010, eine Korrektur, ausgearbeitet von unserer Arbeitsministerin Andrea Nahles. Auch Veränderungen bei der Rente hat sie vor, und zwar hinsichtlich des Nachhaltigkeitsfaktors, das heißt die Festschreibung einer Mindestrentenquote und einer maximalen Beitragsquote. Zwar nur ein kleiner Schritt, aber immerhin.

Was die SPD, was Martin Schulz ändern will.

Martin Schulz hat nun angekündigt, dass er für ältere Menschen über 50 Jahre, wenn sie arbeitslos werden, ein Arbeitslosenübergangsgeld einführen will. Dieses Arbeitslosengeld Q soll dazu verwendet werden, dass diese Älteren durch (zielgerichtete) Schulungsmaßnahmen wieder fit gemacht werden für den sich immer weiterentwickelnden modernen Arbeitsmarkt und ihnen dadurch das Abrutschen in die drohende Langzeitarbeitslosigkeit erspart bleibt.

Auch, um besonders jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen, sollte die „sachbezogene Zeitarbeit“ überdacht und eingeschränkt werden. Auch eine sogenannte Arbeit auf Abruf müsste abgeschafft werden.

Wenn, um solche sinnvolle und notwendige Veränderungen auf den Weg zu bringen, die „Schröder-sche“ Agenda verändert werden muss, sollten wir Sozialdemokraten auch gegen den massiven Widerstand der Wirtschaft, der marktkonservativen Kräfte es anpacken und versuchen durchzusetzen. Gerhard Schröder wird da gar nichts dagegen haben und unsere Gesellschaft, die arbeitenden Menschen im Land erwarten solche Veränderungen von uns!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 22. Mai 2017

Heinrich Keuper